

Nationalitäten im schlesischen Grenzgebiet. Minderheiten zwischen Polen und der Tschechoslowakei 1945-1948

von

Andreas R. Hofmann

Für die Polen völlig überraschend, meldete die Regierung der Tschechoslowakei im Mai 1945 Anspruch auf einige Territorien längs der schlesischen Südgrenze an. Die Situation der polnischen Verwaltung war gerade in diesen Gebieten besonders kritisch. Die Rote Armee war dort erst nach dem Waffenstillstand eingerückt, und da die südlichen Kreise Schlesiens nicht von den Kampfhandlungen berührt und weitgehend unzerstört geblieben waren, übergab die sowjetische Militärverwaltung ihre Kompetenzen nur mit Verzögerungen an die polnischen Verwaltungsbeauftragten.¹

Die polnisch-tschechischen Auseinandersetzungen um schlesisches Gebiet hatten eine Vorgeschichte, die bis 1918 zurückreicht. Im Mittelpunkt stand dabei ein Teilstück des früheren Österreichisch-Schlesien, das Teschener Gebiet, südlich des oberschlesischen Industriereviere gelegen, das wegen seiner Kohlevorkommen und Industrie wirtschaftlich interessant war und in dem es eine starke, der evangelischen Konfession angehörende polnische Minderheit gab. Auf Beschluss des alliierten Botschafterrates wurde das Gebiet 1920 längs des Flusses Olsa und mit ihm die Stadt Teschen (poln. Cieszyn, tsch. Těšín) geteilt. Nach der deutschen Besetzung des Sudetenlandes im Gefolge des Münchener Abkommens von 1938 ließ Polen Militär in den tschechischen Teil des Teschener Gebiets einrücken.² Die polnisch-tschechoslowakischen Beziehungen wurden durch diese völkerrechtswidrige Annexion, bei der Polen als Trittbrettfahrer der deutschen Aggression in Erscheinung trat, nachhaltig belastet. Während der Gespräche der Regierungen Sikorski und Beneš um die Bildung einer polnisch-tschechoslowakischen Föderation (1940-1942), die als Kern eines späteren mitteleuropäischen Staatenbündnisses gedacht war, erschwerte die Teschenfrage das wechselseitige Einvernehmen, wenn auch letztlich der sowjetische Widerstand gegen die Föderationspläne und die daran anschließende Rücknahme der britischen Unter-

¹ ANDREAS R. HOFMANN: Die Nachkriegszeit in Schlesien. Gesellschafts- und Bevölkerungspolitik in den polnischen Siedlungsgebieten 1945-1948, Köln u.a. 2000 (Beiträge zur Geschichte Osteuropas, 30), S. 75.

² WOJCIECH ROJEK: Le conflit territorial polono-tchèque en Silésie de Cieszyn. Oravie et la politique étrangère de la France 1918-1924, in: *Prace Historyczne* 98 (1992), S. 73-89; JAROSLAV VALENTA: Die Teschener Frage der Zwischenkriegszeit 1918-1939, in: *Polen und die böhmischen Länder im 19. und 20. Jahrhundert. Politik und Gesellschaft im Vergleich*, hrsg. von PETER HEUMOS, München 1997 (Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum, 19), S. 129-150.

stützung für das Projekt den Ausschlag für das Scheitern der Verhandlungen gaben.³

Bei Kriegsende hatten die Polen die Hoffnung keineswegs aufgegeben, die Teschenfrage doch noch in ihrem Sinne lösen zu können. Auch unter Berufung auf ihren Verzicht auf die früheren polnischen Ostgebiete bemühten sie in diesem Zusammenhang das Selbstbestimmungsrecht der Völker, um eine Grenzziehung auf der Grundlage ethnischer Siedlungsverhältnisse zu fordern; dagegen beharrte die Regierung der ČSR auf den Grenzen vor dem Münchner Abkommen als dem völkerrechtlich verbindlichen Status quo.⁴ In dieser Situation kam es zu einer für die Polen ausgesprochen unliebsamen Ausweitung des Grenzkonflikts auf Teile ihrer „Wiedergewonnenen Gebiete“, wie die vormaligen reichsdeutschen Ostgebiete in der zeitgenössischen polnischen Sprachregelung hießen. Zwölf Gemeinden in der früheren Grafschaft Glatz mit einer tschechischen oder tschechischstämmigen Bevölkerung

³ TADEUSZ KISIELEWSKI: *Federacja Środkowo-europejska. Pertraktacje polsko-czechosłowackie 1939-1943* [Die Mitteleuropäische Föderation. Die polnisch-tschechoslowakischen Verhandlungen 1939-1943], Warszawa 1991; JINDŘICH DEJMEK: *Československo, jeho sousedé a velmoci ve 20. století (1918 až 1992). Vybrané kapitoly z dějin československé zahraniční politiky* [Die Tschechoslowakei, ihre Nachbarn und die Großmächte im 20. Jahrhundert (1918-1992). Ausgewählte Kapitel aus der Geschichte der tschechoslowakischen Außenpolitik], Praha 2002, S. 151; JAN NĚMEČEK: *Od spojení k roztržce. Vztahy československé a polské exilové reprezentace 1939-1945* [Vom Bündnis zum Zerwürfnis. Die Beziehungen der tschechoslowakischen und polnischen Exilvertretungen 1939-1945], Praha 2003, S. 181 f.

⁴ Anonyme Aktennotiz über ein Gespräch mit Zdeněk Fierlinger, damals noch Botschafter der ČSR in der UdSSR, vom 2.1.1945, abgedruckt in: *W stronę Odry i Bałtyku. Wybór źródeł (1795-1950)* [In Richtung Oder und Ostsee. Eine Quellenauswahl (1795-1950)]. Bd. 4: *Od Poczdamu do Zgorzelca (1945-1950)* [Von Potsdam bis Görlitz (1945-1950)], hrsg. von WOJCIECH WRZESIŃSKI, Wrocław – Warszawa 1991, Nr. 1. Zu den polnisch-tschechoslowakischen Auseinandersetzungen in der Gebietsfrage 1945-1947 allgemein MAREK KAZIMIERZ KAMIŃSKI: *Polsko-czechosłowackie stosunki polityczne 1945-1948* [Die politischen Beziehungen zwischen Polen und der Tschechoslowakei 1945-1948], Warszawa 1990; KAREL KAPLAN: *Pravda o Československu 1945-1948* [Die Wahrheit über die Tschechoslowakei 1945-1948], Praha 1990, S. 43-76; DUŠAN JANÁK: *Spor o slezské pohraničí v letech 1945-1947* [Die Auseinandersetzung um das schlesische Grenzgebiet in den Jahren 1945-1947], in: *Střední Evropa* 27 (1993), 8, S. 79-84; TADEUSZ MARCZAK: *Granica zachodnia w polskiej polityce zagranicznej w latach 1944-1950* [Die Westgrenze in der polnischen Außenpolitik in den Jahren 1944-1950], Wrocław 1995 (Acta Universitatis War-tislawiensis 1798: Historia, 123), S. 445-534; RŮŽENA HLUŠIČKOVÁ: *Kladsko a Československo v letech 1945-1947. Studie a dokumenty* [Glatz und die Tschechoslowakei in den Jahren 1945-1947. Untersuchung und Dokumente], Hradec Králové – Wrocław 1999 (Kladský sborník, Suppl. 1); zur tschechischen Nachkriegspolitik gegenüber der polnischen Minderheit im Teschener Gebiet besonders unter kirchenpolitischen Gesichtspunkten auch die Dokumentensammlung: *Stát, církev a národ v československé části těšínského Slezska (1945-1953)* [Staat, Kirche und Nation im Teschener Schlesien (1945-1953)], hrsg. von JÓZEF SZYMECZEK, Český Těšín 2004 (Bibliotheca Tessinensis II: Seria Bohemica, 1).

richteten am 19. Mai 1945 an Prag ein ominöses Hilfsersuchen mit der Bitte um Entsendung von Truppen. Dies kam der tschechoslowakischen Regierung gerade recht, die sich bereits seit Anfang des Monats mit Überlegungen getragen hatte, ihrerseits Forderungen auf die Kreise Glatz (Kłodzko), Leobschütz (Głubczyce) und Ratibor (Racibórz) zu erheben. Am selben Tag erzielte der tschechoslowakische Ministerrat darin Übereinstimmung, den Erwerb der Grafschaft Glatz anzustreben. Ministerpräsident Zdeněk Fierlinger veranlasste, bei Angloamerikanern und Franzosen in dieser Frage vorzufühlen.⁵ Den allerdings stets zu Alarmismus und Übertreibungen neigenden polnischen Berichten zufolge rückte am 10. Juni 1945 ein tschechischer Panzerverband in den Kreis Ratibor ein und besetzte u.a. die Eisenbahnstation Ruderswald (Chalupki) an der Strecke Ratibor – Neu Oderberg (Nový Bohumín), und auch von anderen Stellen der nieder- und oberschlesischen Südkreise gingen Meldungen ein, dass tschechisches Militär die Grenze überschritten und sich in einigen Ortschaften festgesetzt habe. Nur die Intervention der sowjetischen Militärkommandanten und eine am 14. Juni zwischen den polnischen, tschechoslowakischen und sowjetischen Befehlshabern getroffene Vereinbarung verhinderten eine kriegserische Eskalation.⁶

Während die Tschechen flankierend ihre diplomatischen Aktivitäten verstärkten, sann den Polen auf geeignete Gegenmaßnahmen. Obwohl sich das tschechische Militär bereits am 15. Juni aus dem Kreis Ratibor wieder zurückzog und die Regierung in Prag am selben Tag behauptete, von der „eigenmächtigen Aktion“ nichts gewusst zu haben, befahl der polnische Verteidigungsminister und Armeebefehlshaber Michał Żymierski, der wegen

⁵ KAMIŃSKI (wie Anm. 4), S. 84 f.; RŮŽENA HLUŠIČKOVÁ: Kladská otázka ve schůzích československé vlády a v činnosti některých ministerstev v letech 1945-1947 [Die Glatzer Frage auf den Sitzungen der tschechoslowakischen Regierung und in der Tätigkeit einiger Ministerien in den Jahren 1945-1947], in: DIES. (wie Anm. 4), S. 5-48, hier S. 6-8.

⁶ KAMIŃSKI (wie Anm. 4), S. 90 f. Siehe auch zwei Schreiben des Stellvertretenden Wojewoden in Kattowitz, Stefan Wengierów (Węgierów), an Jakub Berman vom 8.6. und 20.6.1945, abgedruckt in: W stronę Odry (wie Anm. 4), Nr. 9-10. Wengierów sandte allerdings am 14.6.1945 einen Bericht über die Situation im polnisch-tschechischen Grenzgebiet in Südniederschlesien an das polnische Außenministerium, der die Meldungen über die tschechischen Aktivitäten als übertrieben erscheinen lässt und v.a. die Schwäche der polnischen Verwaltung betont; seine Schlussfolgerung ist hier, dass die Grafschaft Glatz ohne Verlust für die polnischen Interessen an die Tschechoslowakei abgetreten werden könne; abgedruckt in: „Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden ...“. Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945-1950. Dokumente aus polnischen Archiven. Bd. 4: Wojewodschaft Pommerellen und Danzig (Westpreußen), Wojewodschaft Breslau (Niederschlesien), hrsg. von INGO ESER u.a., Marburg 2004 (Quellen zur Geschichte und Landeskunde Ostmitteleuropas, 4/IV), Nr. 165; zur sowjetischen Haltung in der polnisch-tschechischen Grenzfrage bis 1947 auf der Grundlage sowjetischer Quellen siehe auch T. V. VOLOKITINA: The Polish-Czechoslovak Conflict over Teschen: The Problem of Resettling Poles and the Position of the USSR, in: Forced Migration in Central and Eastern Europe, 1939-1950, hrsg. von ALFRED J. RIEBER, London 2000, S. 46-63.

Abwesenheit des Kabinetts aus Warschau die Regierungsgeschäfte führte, im Gegenzug für den 18. Juni die erneute militärische Besetzung des Teschener Gebiets. Jedoch gab Stalin der wegen der Verhandlungen zur Bildung der „Regierung der Nationalen Einheit“ in Moskau befindlichen polnischen Delegation zu verstehen, dass er militärische Mittel zur Behebung des Konflikts nicht für geeignet halte, so dass der Truppeneinmarsch förmlich in letzter Minute gestoppt wurde.⁷ Bis zum 19. Juni zogen sich die Tschechen ihrerseits aus der Grafschaft Glatz wieder zurück. Hierhin hatten sie vier Tage zuvor eine militärische Abteilung entsandt, und erst eine Intervention des niederschlesischen Wojewoden Stanisław Piaskowski beim sowjetischen Militärkommandanten von Glatz und die Übergabe des Kreises an die Polnische Armee beendeten das tschechische Zwischenspiel.⁸

Am Rande der Moskauer Verhandlungen kam es in der letzten Junidekade zum ersten direkten Austausch in der Frage der schlesischen Grenzgebiete zwischen Vertretern der polnischen und der tschechoslowakischen Regierung. Was die Polen in erster Linie irritierte, war die Tatsache, dass die Tschechen durchweg von ihren Ansprüchen auf deutsches Gebiet sprachen, das nach polnischem Verständnis bereits Staatsgebiet Polens war.⁹ Besonders heikel waren die Unterhandlungen in der Teschenfrage, weil beide Seiten erhebliches nationales Prestige mit ihr verknüpften und sich durch ihre mit großem Propagandaufwand verkündeten Positionen die Hände gebunden hatten. Für die Tschechen war die Behauptung des Teschener Gebiets Bestandteil der Wiedergutmachung des Münchner Abkommens und der mit ihm verknüpften Beseitigung der nationalen Souveränität; seine Abtretung hätte die Regierung

⁷ MARCZAK (wie Anm. 4), S. 462; VOLOKITINA (wie Anm. 6), S. 52.

⁸ KAMIŃSKI (wie Anm. 4), S. 95. Dort wie stets in der polnischen Literatur ist von einem tschechischen „Panzerzug“ in der Grafschaft Glatz die Rede, was aber jeder Glaubwürdigkeit entbehrt. Zu den militärischen Vorgängen im Einzelnen besonders JIŘÍ BÍLEK: *Vojenské aspekty čs.-polského sporu o Těšinsko v roce 1945 (Vyhrocení situace v červnu 1945)* [Militärische Aspekte der tschechoslowakisch-polnischen Auseinandersetzung um das Teschener Gebiet im Jahr 1945 (die Zuspitzung der Situation im Juni 1945)], in: *Historie a vojenství* 48 (1999), 2, S. 325-353; DERS.: *Vojenské aspekty čs.-polského sporu o Těšinsko v roce 1945 (od ozbrojených zámýslů k politickému řešení)* [Militärische Aspekte der tschechoslowakisch-polnischen Auseinandersetzung um das Teschener Gebiet im Jahr 1945 (von der Absicht des Einsatzes bewaffneter Gewalt zur politischen Lösung)], in: *Historie a vojenství* 49 (2000), 2, S. 235-265.

⁹ Zu den Gesprächen in Moskau auch VOLOKITINA (wie Anm. 6), S. 52 f.; RÜDIGER ALTE: *Die Außenpolitik der Tschechoslowakei und die Entwicklung der internationalen Beziehungen 1946-1947*, München 2003 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, 96), S. 414-416. Selbst noch 1946 behandelte die tschechische Propaganda die Frage des schlesischen Grenzverlaufs als ein rein tschechisch-deutsches Problem, siehe beispielsweise MILIČ ČAPEK: *A key to Czechoslovakia. The territory of Kladsko (Glatz)*, New York 1946; diese Veröffentlichung war Bestandteil der damals gezielt von der tschechoslowakischen Regierung veranlassten Auslandspropaganda in den westalliierten Ländern.

schwach und unglaubwürdig erscheinen lassen. Das gleiche galt unter umgekehrten Vorzeichen für einen Verzicht der Polnischen Provisorischen Regierung auf den Gebietsanspruch. Da sie ihre nationale Glaubwürdigkeit auf die Politik gründete, alle (und sei es auch nur in ferner Vergangenheit) ethnisch polnischen Siedlungsgebiete innerhalb der neuen Staatsgrenzen zu versammeln¹⁰, musste sie auch in der Teschenfrage konsequent und zielstrebig erscheinen. Das Dilemma der Polen war, dass sich der Anspruch auf Teschen nicht gegen das geschlagene und machtlose Deutschland richtete, sondern gegen eine „slawische Brudernation“, zu der man zumindest in der Rhetorik freundschaftliche Beziehungen suchte. Es bestand auch darin, dass sie der Sache nach an die Politik des wegen seiner Deutschfreundlichkeit viel geschmähten Vorkriegsaußenministers Józef Beck anknüpften, ohne dessen Methoden verwenden zu können¹¹, die nur für einen kurzen historischen Augenblick eine Option der polnischen Nachkriegspolitik waren. Als vollends kontraproduktiv stellte sich nicht zuletzt die Entsendung von Stefan Wierbłowski als polnischen Gesandten nach Prag heraus. Da Wierbłowski ein führendes Mitglied der kommunistischen Polnischen Arbeiterpartei (*Polska Partia Robotnicza*, PPR) war, erhoffte man sich, in einer Art Nebendiplomatie über den direkten Kontakt der polnischen und tschechoslowakischen K-Parteien Fortschritte im Sinne der polnischen Absichten auf Teschen zu erzielen. Wierbłowski erwies sich jedoch aufgrund seines mangelnden Verständnisses für die tschechischen Positionen und seiner undiplomatischen Art als vollkommen ungeeignet für die Aufgabe und musste sich bei seinem ersten Zusammentreffen mit Klement Gottwald, dem Generalsekretär der KPČ, erklären lassen, dass eine Unterstützung der polnischen Position durch die tschechischen Kommunisten nicht in Frage komme, weil sie eine Regierungskrise auslösen und die KPČ in sich entzweien würde.¹²

Diplomatische Verhandlungen erwiesen sich ohnedies als schwache Alternative zu machtpolitischen *faits accomplis*. Die Frage des Grenzverlaufs in der Grafschaft Glatz und den übrigen von den Tschechen geforderten „Wie-

¹⁰ HOFMANN (wie Anm. 1), S. 52-59; dazu demnächst auch DERS.: Werwölfe im Wilden Westen. Siedlermythos und Staatsideologie in Volkspolen, in: Zwangsmigration und neue Gesellschaft in Ostmitteleuropa nach 1945, hrsg. von ADRIAN VON ARBURG und MARTIN SCHULZE WESSEL, München [im Druck].

¹¹ Wie einer der polnischen Teschen-Aktivisten, Jan Kwiatkowski, in einem Bericht an Jakub Berman vom 5.7.1946 schrieb: „Wir haben nur fertiggebracht, Beck und seine Teschenpolitik zu kritisieren, ohne zu zeigen, wie man das Teschenggebiet ohne Anwendung der Beckschen Methoden gewinnen könnte. Durch die Gewinnung des Teschenggebiets ist Beck hier populär geworden, über seine prodeutsche Politik weiß die hiesige Bevölkerung wenig, aber dass er Teschen befreit hat, wissen alle, und alle sind des Lobes voll dafür.“ Zit. nach MARCZAK (wie Anm. 4), S. 512.

¹² Jiří FRIEDL: PPR wobec polsko-czechosłowackiego sporu o Zaolzie w latach 1945-1947 [Die PPR zum polnisch-tschechoslowakischen Streit um das Olsagebiet in den Jahren 1945-1947], in: Polski Przegląd Dyplomatyczny 34 (2006), 6, S. 161-176, hier S. 162-164.

dergewonnenen Gebieten“ wurde im Unterschied zu Teschen in Moskau nur am Rande behandelt. Am polnischen Verhandlungsverhalten war zweierlei bemerkenswert: Nachdem die polnische Linke, darunter ihr damaliger Chefideologe Alfred Lampe, während des Kriegs in Anpassung an die Haltung des Kreml immer als schärfster Kritiker der Föderationsidee aufgetreten war, deuteten ihre Unterhändler in Moskau in allerdings recht vager Form die Möglichkeit an, eben diese Idee wieder aufzugreifen oder jedenfalls die polnisch-tschechoslowakischen Beziehungen auf eine qualitativ völlig neue Grundlage zu stellen, auf der sich die Grenzprobleme gewissermaßen von selbst lösen würden. Zum zweiten ließen die Polen erkennen, dass sie im Falle eines tschechoslowakischen Entgegenkommens in der Teschenfrage ihrerseits zu Zugeständnissen hinsichtlich der anderen Prager Gebietsforderungen bereit sein würden.¹³ Selbst noch im April 1946 hielt Premier Edward Osóbka-Morawski im Gespräch mit dem tschechoslowakischen Gesandten Josef Hejret die Möglichkeit eines solchen Gebietstausches aufrecht; allerdings schwinde sie täglich mit dem Fortgang der polnischen Aufsiedlung.¹⁴ Es ist schwer einzuschätzen, wie ernst es der polnischen Regierung zu diesem Zeitpunkt noch mit einem solchen Angebot war, denn seine Umsetzung gerade kurz vor dem Referendum, das u.a. nach der Zustimmung der polnischen Bevölkerung zu der neuen polnischen Westgrenze fragte, hätte unabsehbare politische Folgen nach sich ziehen können. Jedoch schätzte die polnische Linke den ihrer Politik der Vereinigung der piastischen Lande zugefügten Makel offenbar geringer ein als den Zuspruch in der Gesellschaft, der vom Erwerb des Teschener Gebiets zu erwarten war. Schon im Gespräch mit dem tschechoslowakischen Gesandten in Warschau Anfang Juli 1946 wies Außenminister Wincenty Rzymowski jedoch darauf hin, dass die zuvor gezeigte Bereitschaft zu Gebietsabtretungen in Schlesien nicht länger aktuell sei, da die in Rede stehenden Territorien inzwischen von polnischen Siedlern in Besitz genommen und bereits erhebliche Wiederaufbauleistungen vollbracht worden seien.¹⁵

Die polnischen Avancen scheiterten an der Unnachgiebigkeit der Tschechen, für die alle von der polnischen Seite vorgeschlagenen Projekte einer Neuziehung der Grenze im Teschener Gebiet aus prinzipiellen Erwägungen inakzeptabel waren. Der tschechoslowakische Vorschlag, die Teschenfrage in Form eines „Bevölkerungsaustausches“ zu regeln, stieß seinerseits auf die heftige Ablehnung der Polen, da er praktisch auf eine einseitige Aussiedlung

¹³ KAMIŃSKI (wie Anm. 4), S. 113; MARCZAK (wie Anm. 4), S. 463-470; ALTE (wie Anm. 9), S. 411-417.

¹⁴ HLUŠIČKOVÁ: Kladská otázka (wie Anm. 5), S. 20.

¹⁵ Wiesław Sobierajski, Chef der Südostabteilung des Außenministeriums, an Józef Olszewski, Stellvertretenden Außenminister, 5.7.1946 [sic!, vermutlich 7.7.1946], über die Unterredung Rzymowskis mit dem tschechoslowakischen Gesandten Josef Hejret am 6.7.1946, abgedruckt in: W stronę Odry (wie Anm. 4), Nr. 30; vgl. MARCZAK (wie Anm. 4), S. 512.

der Teschener Polen hinausgelaufen wäre.¹⁶ In diesem Zusammenhang gewannen die ethnischen Tschechen an Bedeutung, die seit dem Sommer 1945 in zunehmender Zahl in einigen niederschlesischen Kreisen in Erscheinung traten. Da es sich dabei nur in den wenigsten Fällen um Personen mit der Staatsangehörigkeit der ČSR handelte, vielmehr meist um Reichsdeutsche mit einer mehr oder minder strittigen tschechischen Abstammung, wurden sie analog zu den übrigen Deutschen behandelt, gerieten also mit diesen in das Getriebe von Enteignung, Diskriminierung und Aussiedlung und bildeten einen permanenten Anlass für Protestnoten der tschechoslowakischen Gesandtschaft in Warschau.¹⁷

Der geringe Umfang dieser zudem zerstreut siedelnden Personengruppe machte es Prag unmöglich, sie ernsthaft als Argument zur Förderung ihrer Ansprüche auf schlesisches Gebiet einzusetzen. Allerdings besaß sie eine funktionelle Bedeutung dadurch, dass sie von Prag als Gegengewicht gegen die ebenso ständigen Beschwerden Warschaus über die Beschneidung der Rechte der polnischen Minderheit im Teschener Gebiet eingesetzt werden konnte. Die Vermutung liegt nahe, dass die tschechoslowakische Regierung ihre Forderungen nach reichsdeutschem Gebiet überhaupt in erster Linie dazu aufgebracht hatte, um auf internationaler Bühne von der Teschenfrage abzulenken und in den Gesprächen mit den Polen ein verhandlungstaktisches Gegengewicht in die Hand zu bekommen.¹⁸ Allerdings sollte nicht übersehen werden, dass Prag in Analogie zur polnischen Politik den Erwerb von reichsdeutschem Gebiet auch als Ausgleich für die Abtretung der Karpatoukraine an die UdSSR betrachten konnte.¹⁹ Nach der Veröffentlichung des Potsdamer Abschlussprotokolls hielt die ČSR zumindest formell den Standpunkt aufrecht, dass die Grenzfrage vorbehaltlich der prospektiven Friedenskonferenz offen und die tschechoslowakischen Wünsche noch zu berücksichtigen seien. So verlangten die Tschechen mit strategischer Begründung eine Vorverlagerung ihrer Grenze um zwanzig Kilometer nicht nur auf schlesisches,

¹⁶ MARCZAK (wie Anm. 4), S. 467.

¹⁷ Tschechische Berichte über die Lage der Glatzer Tschechen aus dem Zeitraum 1945–1947 sind abgedruckt in: HLUŠIČKOVÁ: Kladsko a Československo (wie Anm. 4).

¹⁸ IVA HEROLDOVÁ: K otázce přesídlení kladských Čechů a problému jejich etnicity, etnického vědomí a etnické příslušnosti [Zur Frage der Umsiedlung der Glatzer Tschechen und ihrer Ethnizität, ihres ethnischen Bewusstseins und ihrer ethnischen Zugehörigkeit], in: Český lid 75 (1988), S. 214–225; KAMIŇSKI (wie Anm. 4), S. 89; ZDENĚK JIRÁSEK: Problematika Kladska v československo-polských stycích (květen 1945 – březen 1947) [Die Glatzer Problematik in den tschechoslowakisch-polnischen Beziehungen (Mai 1945 – März 1947)], in: Slezsko v československo-polských vztazích 1918–1947 [Schlesien in den tschechoslowakisch-polnischen Beziehungen 1917–1947], Opava 1991, S. 55–60; DERS.: K otázce některých českých aktivit pro získání Kladska po roce 1945 [Einige Aspekte der tschechischen Aktivitäten für die Gewinnung von Glatz nach dem Jahr 1945], in: Kladský sborník 2 (1998), S. 127–140; HLUŠIČKOVÁ: Kladská otázka (wie Anm. 5), S. 31 f.

¹⁹ JANÁK (wie Anm. 4), S. 79.

sondern auch auf sächsisches und bayerisches Gebiet. In der tschechischen nationalistischen Presse wurden sogar Stimmen laut, die die Annexion des gesamten linksodrigen Schlesiens und der Lausitz und eine Beteiligung der CSR an der Okkupation Deutschlands forderten.²⁰ Im Zusammenhang mit der noch zu besprechenden Lausitzfrage war die letztere Forderung zunächst sogar Bestandteil der tschechoslowakischen Regierungspolitik.

Während der Pariser Außenministerkonferenz vom April 1946 konkretisierten und erweiterten die Tschechen ihre Gebietsforderungen. An der schlesischen Grenze verlangten sie außer den zuvor genannten Territorien nun auch Waldenburg (Wałbrzych), Hirschberg (Jelenia Góra) und den schlesischen Riesengebirgskamm, Cosel (Kozle) mit seinem Binnenhafen, die Eisenbahnstation Ziegenhals (Głucholazy) sowie Landstücke in der sowjetischen und der amerikanischen Besatzungszone, darunter Furth im Walde. Diese Forderungen waren in erster Linie ökonomisch motiviert; so erhielt die CSR bereits Strom aus dem Waldenburger Kraftwerk und aufgrund einer Sondervereinbarung mit der sowjetischen Besatzungsmacht Steinkohle aus dem dortigen Revier.²¹ Aus eben diesen Gründen waren die Polen selbstverständlich gegen jede Konzession, zumal die tschechoslowakische Haltung in der Teschenfrage weiterhin unnachgiebig blieb.

In Anbetracht der verhärteten Positionen hätten die polnisch-tschechoslowakischen Gespräche sicher endlos ohne Ergebnis weitergeführt werden können, hätte sich nicht Moskau seit dem Juni 1946 in die Verhandlungen eingeschaltet und zunehmenden Druck in Richtung auf den Abschluss eines formellen Abkommens zwischen Polen und der Tschechoslowakei ausgeübt.²² Eine entscheidende Änderung der polnischen Haltung trat im September 1946 ein. Als sich die Polen nach der bekannten Stuttgart-Rede des US-Außenministers James Francis Byrnes mit der Möglichkeit einer grundsätzlichen Revision der alliierten Politik in der Grenzfrage konfrontiert sahen, verlor das Teschenproblem für sie fast augenblicklich an Relevanz, da es hinter die Bildung einer geschlossenen polnisch-tschechoslowakisch-sowjetischen Front gegen die vermeintliche Bedrohung der polnischen Westgrenze zurückzutreten hatte, in der ein interner Gebietskonflikt denkbar deplatziert gewesen wäre.²³ Damit schwenkte die polnische Regierung, noch vor ihrer endgültigen kommunistischen Gleichschaltung nach den Sejmwahlen von Anfang 1947, auf die sowjetische Position des Status quo in der Grenzfrage ein.

²⁰ KAMIŃSKI (wie Anm. 4), S. 134 f.

²¹ Ebenda, S. 214-217. Der niederschlesische Wojewode Stanisław Piaskowski unterstrich, dass die Bedeutung des Waldenburger Kraftwerks für die Stromversorgung Schlesiens durch die Zerstörung der Breslauer Elektrizitätswerke noch wesentlich gestiegen sei, und sprach sich deswegen strikt gegen eine solche Abtretung aus; MARCZAK (wie Anm. 4), S. 471.

²² VOLOKITINA (wie Anm. 6), S. 56-60; DEJMEK (wie Anm. 3), S. 154 f.

²³ MARCZAK (wie Anm. 4), S. 517 f.

Die Verhandlungen bis zur Unterzeichnung des polnisch-tschechoslowakischen Freundschaftsvertrags zogen sich allerdings noch bis zum 10. März 1947 hin. Die Zwischenzeit war mit einem kleinlichen Notenwechsel angefüllt, in dem beide Regierungen versuchten, das Gesicht zu wahren. Wichtige Zwischenergebnisse waren, dass alle Territorialfragen auf einen Zeitpunkt von zwei Jahren nach Abschluss des Abkommens verschoben werden sollten (Oktober 1946) und dass die ČSR die Oder-Neiße-Grenze erstmals offiziell als endgültig bezeichnete (Februar 1947).²⁴ Der Abkommenstext selbst klammerte dagegen alle Gebietsstreitigkeiten aus und enthielt lediglich Vereinbarungen über die Abwehr zukünftiger deutscher Expansionsbestrebungen und die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit, sicherte aber vor allem der polnischen Minderheit in Teschen formell die Existenz polnischsprachiger Schulen und die Freiheit der Ausübung ihrer nationalkulturellen Rechte zu.²⁵

Das Abkommen vom März 1947 thematisierte den Grenzverlauf zwar nicht, schrieb ihn aber faktisch nach dem Stand vom Mai 1945 fest, wenn es auch keineswegs alle Reibungsflächen in der Minderheitenfrage beseitigte. Als die vereinbarte Zweijahresfrist verstrichen war und der Vertrag zur Verlängerung anstand, brachte keine der beiden Seiten ihre vorherigen Gebietsansprüche mehr zur Sprache. Dafür gab die inzwischen gründlich veränderte politische Situation den Ausschlag. Es war kennzeichnend, dass auch nach Vertragsabschluss die Sowjetunion zunächst noch hatte Druck ausüben müssen, um Prag davon abzubringen, das Thema der angeblich von den Polen verfolgten tschechischen Minderheit in Schlesien zu perpetuieren.²⁶ Andererseits waren nach dem kommunistischen Umsturz in Prag im Februar 1948 die zuvor noch zwischen der polnischen und der tschechoslowakischen Regierung bestehenden politischen Vorbehalte entfallen, und die fortschreitende Festigung eines nach außen geschlossenen Blocks unter Führung der UdSSR machte es Warschau unmöglich, eine Teschen-Agitation fortzusetzen, in der die Unterdrückung der polnischen Minderheit durch die Tschechen gelegentlich mit der deutschen Besatzungspolitik gleichgesetzt worden war.

Unter innenpolitischen Gesichtspunkten scheint noch ein weiterer Aspekt wichtig: Das Teschenproblem war eine Erblast der polnischen Territorial- und Nationalitätenpolitik der Vorkriegszeit, dem die polnische Linke nach dem Krieg nicht aus dem Weg gehen konnte, weil ihr bewusst war, welchen Symbolwert es für die polnische Gesellschaft besaß und welche Bedeutung ihm für die nationale Glaubwürdigkeit des neuen Regimes zukam. Das Teschener Gebiet wurde in unmittelbarem Zusammenhang mit der Politik der

²⁴ Ebenda, S. 521 f.; HLUŠIČKOVÁ: Kladská otázka (wie Anm. 5), S. 26 f.

²⁵ Dziennik Ustaw Rzeczypospolitej Polskiej [Gesetzblatt der Polnischen Republik] 1947, Nr. 7, Pos. 47. Der tschechische Text in: Dokumenty československé zahraniční politiky 1945-1959 [Dokumente zur tschechoslowakischen Außenpolitik 1945-1959], Praha 1960, Nr. 43.

²⁶ JANÁK (wie Anm. 4), S. 83.

„Wiedergewonnenen Gebiete“ und der Schaffung des „homogenen Nationalstaats“ gesehen. In dem Maße, in dem sich die politische Situation Polens stabilisierte und die Machtposition des neuen Regimes unangreifbar wurde, schwand diese Bedeutung oder hatte doch zumindest hinter die neuen außenpolitischen Realitäten zurückzutreten. Nach 1948 kam für die Polen noch weniger als bereits 1946 in Frage, Teile der „Wiedergewonnenen Gebiete“ als Tauschobjekt für Teschen anzubieten, weil dies ihrer Politik der territorialen Integration und dem Anspruch auf eine historisch-nationale Legitimation dieser Politik Hohn gesprochen hätte. Auf der anderen Seite hatte sich die tschechoslowakische Regierung in der Teschenfrage nicht minder die Hände gebunden; eine andere Lösung als die des Status quo ante vor dem Münchener Abkommen kam für sie nicht in Frage. Demgegenüber konnte Prag die Nichtdurchsetzung seiner niederschlesischen Gebietsforderungen hinnehmen, ohne deswegen eine nationale Erschütterung befürchten zu müssen. Dies macht es mehr als wahrscheinlich anzunehmen, dass die Tschechen ihre Gebietsforderungen nach der Potsdamer Konferenz nur noch als verhandlungstaktisches Gegengewicht gegen die polnischen Ansprüche auf Teschen einsetzten. Da eine andere als eine Verhandlungslösung ohnehin ausgeschlossen war, blieb keine Alternative als die des territorialen Status quo. Dennoch wurde die tschechoslowakisch-polnische Grenzfrage formal erst in einem Abkommen von 1958 geregelt.

Die Anwesenheit einer Anzahl von Tschechen und Sorben im polnisch gewordenen Schlesien wäre nicht mehr als eine historische Fußnote, hätte sie nicht die für die polnische Nachkriegsdiplomatie zentralen Fragen der Grenze an Oder und Neiße und der Beziehungen zur Tschechoslowakei berührt. Aus polnischer Sicht war naheliegend, in Schlesien ansässigen Tschechen und Sorben mit deutscher Staatsangehörigkeit als Angehörigen „slawischer Brudernationen“ Autochthonenstatus zu verleihen und sie analog zu den polnischen „Autochthonen“, d.h. deutschen Reichsangehörigen mit tatsächlicher oder vermeintlicher polnischer Abstammung, mit Eigentums- und Bleiberecht auszustatten. Jedoch gerade auf niederschlesischem Gebiet war die Verifizierung polnischstämmiger Autochthoner nicht sonderlich erfolgreich, die nicht zuletzt der Legitimierung der neuen Westgrenze zu dienen hatte²⁷; so waren Angehörige anderer westslawischer Nationalitäten nicht unwillkommen, um den polnischen Gebietserwerb historisch und moralisch weiter zu untermauern. Die alle westslawischen Stämme umfassende Autochthonenkonzeption war flexibel genug, dass man sie auf diese slawischen Minderheiten anwenden konnte, die allerdings anders als Kaschuben und Masuren nicht als Zweige des polnischen Volksstammes aufgefasst wurden, da in ihrem Fall die Anschauungen und Interessen Dritter zu berücksichtigen waren. Wegen ihrer geringen Zahl und der dadurch erhofften raschen Assi-

²⁷ Zur Verifizierungspolitik in Niederschlesien HOFMANN (wie Anm. 1), S. 326-331.

milation stellten sie dennoch kaum ein ernsthaftes Problem auf dem Weg zum „homogenen“ polnischen Nationalstaat dar.²⁸

Auch die Sorbenfrage hatte eine Vorgeschichte, die bis zum Ausgang des Ersten Weltkriegs und den Pariser Vorortkonferenzen von 1919 zurückreicht.²⁹ Sie zog die Polen ungewollt in den für sie heiklen Komplex der sowjetischen Politik in der Sowjetischen Besatzungszone hinein, was den Ausschlag für ihr schließliches Desinteressement an der Angelegenheit gab.³⁰ Die in der Oberlausitz (Sachsen, Schlesien) und der Niederlausitz (Brandenburg) ansässige sorbische Volksgruppe hatte in der „Domowina“ vor dem Krieg über eine eigene nationalkulturelle Organisation verfügt, die 1937 von der NS-Führung zerschlagen worden war; ihre Leitung saß während des Kriegs zum Teil in deutschen Gefängnissen und Konzentrationslagern. Bereits im April/Mai 1945 rekonstituierte sich die Domowina mit Sitz in

²⁸ Die polnische Autochthonenkonzeption wurde zeitgenössisch nicht zuletzt in Umkehrung der Anwendung der Deutschen Volksliste entwickelt, ergänzt um eine „behavioristische“ Überprüfung der Einstellung der jeweiligen Einzelperson zum Polentum und zur polnischen Kultur; hierin besonders engagiert war der Aktivist der Polnischen Westverbands (PZZ) Zygmunt Izdebski; aus seinen zahlreichen Publikationen beispielsweise ZYGMUNT IZDEBSKI: Niemiecka lista narodowa na Górnym Śląsku [Die Deutsche Volksliste in Oberschlesien], Katowice – Wrocław 1946 (Pamiętnik Instytutu Śląskiego: Seria II, 3). Hierzu auch GRZEGORZ STRAUCHOLD: Polska ludność rodzima ziem zachodnich i północnych. Opinie nie tylko publiczne lat 1944-1948 [Die polnische einheimische Bevölkerung der West- und Nordgebiete. Nicht nur öffentliche Meinungen der Jahre 1944-1948], Olsztyn 1995 (Rozprawy i materiały, 151); DERS.: Autochtoni polscy, niemieccy, czy ... Od nacjonalizmu do komunizmu (1945-1949) [Polnische oder deutsche Autochthone oder ... Vom Nationalismus zum Kommunismus (1945-1949)], Toruń 2001.

²⁹ FRIEDRICH W. REMES: Die Sorbenfrage 1918/1919. Untersuchung einer gescheiterten Autonomiebewegung, Bautzen 1993 (Schriften des Sorbischen Instituts, 3); FRANK HADLER: Die sorbische Frage auf der Pariser Friedenskonferenz von 1919, in: *Lëtopis* 41 (1994), 1, S. 90-98.

³⁰ Zur Sorbenfrage aus polnischer Sicht, aber ohne Hinweis auf die sorbischen Autochthonen in Niederschlesien, WŁODZIMIERZ BORODZIEJ: Od Poczdamu do Szklarskiej Poręby. Polska w stosunkach międzynarodowych 1945-1947 [Von Potsdam bis Schreiberhau. Polen in den internationalen Beziehungen 1945-1947], Londyn 1990, S. 314-320; MARCZAK (wie Anm. 4), S. 170-195. Aus der recht umfangreichen polnischen Spezialliteratur beispielsweise PIOTR PALYS: Problem serbołużyczki i Serbołużycanie we Wrocławiu w latach 1946-1950 [Das sorbisch-lausitzische Problem und die Lausitzer Sorben in Breslau in den Jahren 1945-1950], in: *Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka* 50 (1995), 3-4, S. 267-273; DERS.: Polskie czynniki oficjalne wobec Łużyc w latach 1945-1948 [Die Haltung polnischer offizieller Organe zur Lausitz in den Jahren 1945-1948], in: *Studia Historyczne* 46 (2003), S. 73-91; DERS.: Kwestia obecności serbołużyczkiej na terenie Dolnego Śląska w latach 1945-1948 [Die Frage der Anwesenheit sorbischer Bevölkerung in Niederschlesien in den Jahren 1945-1948], in: *Studia Śląskie* 62 (2003), S. 293-301; TADEUSZ LEWASZ-KIEWICZ: Czy w latach 1945-1946 na prawym brzegu Nysy mieszkali Łużycanie? [Lebten in den Jahren 1945-1946 am rechten Ufer der Neiße Sorben?], in: *Slavia Occidentalis* 53 (1996), S. 21-28.

Bautzen und zählte alsbald immerhin etwa 10 000 Mitglieder. Die führenden Köpfe der sorbischen Nationalbewegung waren verständlicherweise in erster Linie darum bemüht, von den sowjetischen Besatzungsbehörden für die Lausitz einen Sonderstatus zu erlangen, der vorgeblich dem Schutz der sorbischen Bevölkerung vor Übergriffen seitens der deutschen Behörden dienen, tatsächlich wohl eher eine Handhabe gegen die restriktiven und repressiven Maßnahmen der Besatzungsmacht selbst bilden sollte.³¹

Mit einer gewissen Vereinfachung lässt sich sagen, dass die sorbische Führung in zwei Lager gespalten war, nämlich ein protschechisches und ein propolnisches. Träger der protschechischen Richtung war das im Mai 1945 in Prag gebildete, von dem Pfarrer und vormaligen Dachau-Häftling Jan Čyž geführte „Lausitzer Nationalkomitee“, das im September nach Bautzen übersiedelte, sich mit der Domowina zusammenschloss und dort den „Lausitzer Nationalrat“ bildete.³² Während zeitweise ernsthaft der Anschluss der Lausitz an die ČSR diskutiert wurde, scheint eine ähnliche Option der Sorben für Polen nie in Erwägung gezogen worden zu sein. Was die Polen kurz nach Kriegsende am meisten irritierte, waren die Versuche der tschechischen Diplomatie, die sorbische Frage eigenen Interessen dienstbar zu machen. Prag verknüpfte das Postulat eines Lausitzer Gebiets, das niederschlesisches Territorium zwischen Lausitzer Neiße und Bober umfasste, mit den eigenen Gebietsansprüchen in Oberschlesien.³³

Eine noch vor Beginn der Potsdamer Konferenz im polnischen Außenministerium entwickelte Maximalkonzeption sah vor, die Lausitz mit einer Westgrenze längs einer Linie von Neustadt über Bischofswerda, Ruhland, Calau, Lübbenau bis zur Oder an einem Punkt zwischen Frankfurt/Oder und Guben an Polen anzuschließen. Dieses Gebiet hatte nach Berechnung des Ministeriums 290 000 Einwohner, darunter 111 000 Sorben, wobei diese Zahl wohl als überhöht gelten muss.³⁴ Selbstverständlich besaß ein solches Projekt in Anbetracht der alliierten Bedenken gegen die Westausdehnung Polens selbst bis zur Oder und Lausitzer Neiße sowie der Eigeninteressen der UdSSR in ihrer Besatzungszone keine Durchsetzungschancen und scheint zu keinem

³¹ PETER SCHURMANN: Die sorbische Bewegung 1945-1948 zwischen Selbstbehauptung und Anerkennung, Bautzen 1998 (Schriften des Sorbischen Instituts, 18); Minderheitenpolitik in der SBZ/DDR nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Sorben, sowjetische Besatzungsherrschaft und die staatliche Sorbenpolitik, bearb. von DETLEF KOTSCH, Potsdam 2000 (Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs Potsdam; 37); ANDREAS BEDNAREK, JONAS FLÖTER, STEFAN SAMERSKI: Die Oberlausitz vom Ende des Ersten Weltkriegs bis zur Gegenwart (1918-2000), in: Geschichte der Oberlausitz. Herrschaft, Gesellschaft und Kultur vom Mittelalter bis zum Ende des 20. Jahrhunderts, hrsg. von JOACHIM BAHLCKE, Leipzig 2001, S. 221-266, hier S. 231-233.

³² BORODZIEJ (wie Anm. 27), S. 315; SCHURMANN (wie Anm. 31), S. 42-66.

³³ Notiz der polnischen Kriegskorrespondenten in Prag, Mieczysław Zarzycki und Edmund Osmańczyk, für das polnische Außenministerium, 5.7.1945, abgedruckt in: W stronę Odry (wie Anm. 4), Nr. 11.

³⁴ MARCZAK (wie Anm. 4); S. 171.

Zeitpunkt Gegenstand der interalliierten Verhandlungen geworden zu sein. Nachdem das Potsdamer Protokoll im polnischen Verständnis die neue Westgrenze festgeschrieben hatte, kam eine solche Lösung auch aus polnischer Sicht nicht mehr in Betracht.

Dennoch versuchte Polen weiterhin, einen gewissen Einfluss auf die Entwicklung in der Lausitz zu nehmen und jedenfalls das Feld nicht allein den Tschechen zu überlassen. Aufgrund der komplizierten interalliierten Situation vermied es Polen dabei, sich durch direkte diplomatische Interventionen zu weit aus dem Fenster zu lehnen, und wählte stattdessen den Weg der indirekten Einflussnahme über gesellschaftliche Institutionen, die selbstverständlich von der Regierung gesteuert wurden. Im August 1945 richtete der Polnische Westverband (*Polski Związek Zachodni*, PZZ)³⁵ eigens ein „Lausitzer Referat“ ein³⁶, Ende Januar 1946 entstand ein gleichnamiges Referat im Polnischen Slawenkomitee in Warschau, und im selben Monat kam es zur Gründung der studentischen „Polnischen Bewegung zur Verteidigung der Lausitz Prołuż“³⁷. Diese Organisation und der PZZ unterstützten bis 1948 die Anstrengungen der Domowina, in Polen in Kriegsgefangenenlagern befindliche Sorben zu befreien, wenn auch mit offenbar sehr begrenztem Erfolg.³⁸

Aus dem Breslauer Wojewodschaftsamt stammte der Vorschlag, in Analogie zur tschechoslowakischen Sorbenpolitik polnische karitative Auslandsorganisationen in den Besatzungszonen aufzubauen, deren Aufgabe darin bestehen sollte, neben einer diskreten Sorbenhilfe unter den polnischen Erwerbsemigranten Rücksiedlerwerbung zu betreiben und die unbefriedigenden Remigrationsergebnisse zu verbessern.³⁹ Hieran wird der rein instrumentelle Charakter des polnischen Interesses an der Sorbenfrage besonders deutlich. Die polnische Absicht war, durch die informelle Unterstützung der sorbischen politischen und nationalkulturellen Bestrebungen bei den Alliierten das Bewusstsein zu wecken, dass westlich der Oder-Neiße eine weitere slawische Volksgruppe ansässig war, um auf diese Weise die polnischen Territorial-

³⁵ Zum PZZ allgemein MICHAŁ MUSIELAK: *Polski Związek Zachodni 1944-1950* [Der Polnische Westverband 1944-1950], Warszawa 1986; MAŁGORZATA UJDAK: *Polski Związek Zachodni wobec problemów narodowościowych w latach 1944-1950* [Der Polnische Westverband und die Nationalitätenprobleme in den Jahren 1944-1950], Katowice 1988.

³⁶ WIESŁAW DOBRZYCKI: *Granica zachodnia w polityce polskiej 1944-1947* [Die Westgrenze in der polnischen Politik 1944-1947], Warszawa 1974, S. 147-150; BORODZIEJ (wie Anm. 30), S. 314.

³⁷ Ebenda.

³⁸ PIOTR PAŁYS: Die Bemühungen um Entlassung sorbischer Kriegsgefangener aus polnischen Lagern 1945-1948, in: *Łętopis* 50 (2003), 2, S. 22-29.

³⁹ Aktennotiz (Memorandum) von Władysław Ziemiański, Leiter der Lausitzer Sektion im Breslauer Wojewodschaftsamt, undatiert, Archiwum Państwowe we Wrocławiu (Staatsarchiv Breslau, APW), Urząd Wojewódzki Wrocławski (Breslauer Wojewodschaftsamt, UWW) I/206, fol. 22-26. Es war mir nicht möglich, Näheres über die Einrichtung und Tätigkeit dieser Sektion in Erfahrung zu bringen, von der allem Anschein nach kein selbständiger Aktenbestand erhalten ist.

ansprüche stärker zu untermauern und gleichzeitig Prag daran zu hindern, die Sorbenhilfe für die eigenen Zwecke zu monopolisieren.

Bezeichnenderweise wagte sich das im November 1945 geschaffene und von dem Generalsekretär der Polnischen Arbeiterpartei, Władysław Gomułka, persönlich geleitete Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete (*Ministerstwo Ziem Odzyskanych*, MZO) am weitesten dabei vor, die Sorbenfrage außenpolitisch offensiv zu nutzen. So gab das MZO seine Zustimmung zu dem ebenfalls aus Breslau stammenden Vorschlag, sich auf der prospektiven Friedenskonferenz für die Eigenstaatlichkeit der Lausitz einzusetzen. Die Autoren des Projekts argumentierten mit dem Hinweis auf die dadurch zu bewirkende zusätzliche Schwächung Deutschlands, die Verbesserung der Sicherheitslage Polens und die enge wirtschaftsgeographische Verbindung der Lausitz mit Schlesien.⁴⁰ Auch der Erste Sorbenkundliche Kongress, der am 5.-6. Oktober 1946 in Posen stattfand, forderte dazu auf, sich auf der Friedenskonferenz für die Eigenstaatlichkeit der Lausitz einzusetzen, und bezeichnete die Sorben ausdrücklich als Autochthone.⁴¹ Diese Konzeptionen wurden aber ebensowenig wie die früheren Vorschläge offizielle Position der polnischen Regierung.

Der Breslauer Wojewode Piaskowski gab Mitte 1946 Anweisung, Personen, die sich durch deutsche Personaldokumente mit der Eintragung „Wende“ oder „wendischer Abstammung“ ausweisen konnten, den polnischen Autochthonen gleichzusetzen und ihnen besondere Fürsorge und Schutz vor der Aussiedlung angedeihen zu lassen.⁴² Zumal in Anbetracht der nachlässigen und verspäteten Durchführung der Verifizierung in Niederschlesien muss die dortige polnische Sorbenpolitik dennoch als virtuell, nämlich als Minderheitenpolitik ohne Minderheit, betrachtet werden. Denn als Władysław Wolski, als Generalbevollmächtigter der Regierung für die Repatriierung die graue Eminenz aller damals in Polen stattfindenden Bevölkerungsverschiebungen, Mitte November 1946 nochmals ausdrücklich anordnete, die Sorben in Analogie zu der polnischen autochthonen Bevölkerung zu behandeln, wobei ihnen allerdings die freiwillige Ausreise zu gestatten sei, dürften die meisten von ihnen längst zusammen mit der deutschen Bevölkerung ausgesiedelt worden sein. Die Anweisung, die Bestimmungen der Verordnung vom 2. November 1946 über die Aussiedlung aus Wohngebieten der polnischen

⁴⁰ Ludwik Straszewicz und Władysław Ziemiański, Memorandum für Piaskowski, 8.1.1946, Archiwum Akt Nowych (Archiv Neuer Akten, AAN) in Warschau, Ministerstwo Ziem Odzyskanych (Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete, MZO) 501, fol. 2-8; MZO an Piaskowski, 10.4.1946, ebenda, fol. 17. In diesem Schreiben approbiert das MZO das Memorandum und sagt seine Unterstützung bei der Bildung einer „Polnisch-Lausitzer Freundschaftsgesellschaft“ und einer „Polnisch-Sorbischen Handelsmission“ zu.

⁴¹ MARCZAK (wie Anm. 4), S. 182.

⁴² Piaskowski, Rundschreiben vom 4.6.1946, APW, UWW VI/266, fol. 140; AAN, MZO 501, fol. 45.

Autochthonen auf sorbische Wohngebiete auszudehnen,⁴³ entbehrte wegen der geringen Anzahl der zurückgebliebenen Sorben nicht einer absurden Komik und offenbarte allenfalls Wolskis gründliche Unkenntnis der Nationalitätenverhältnisse in Niederschlesien. Ende 1946 machten die dortigen Behörden noch ganze vierzehn Einzelpersonen und drei Familien als Angehörige der sorbischen Minderheit aus, die auf vier Landwirtschaften und in zwei Häusern saßen.⁴⁴

Die Sorbenfrage blieb mithin für die Polen primär eine außenpolitische. Die polnische Nationalitätenpolitik in Schlesien war allerdings insofern mit der Lausitz verknüpft, als viele deutsche Flüchtlinge und Aussiedler in diesem Gebiet ansässig wurden, was Bedenken des Lausitzer Nationalrats auslöste, die Sorben könnten dadurch politisch und kulturell weiter ins Hintertreffen geraten.⁴⁵ Ihre Forderung, die Lausitz für die Aussiedler zu sperren, stieß aber bei den sowjetischen Besatzungsbehörden ebensowenig auf Verständnis wie alle Bestrebungen nach sorbischer Autonomie, geschweige denn staatlicher Unabhängigkeit. Die Sowjets waren außerordentlich wenig geneigt, den Vorstellungen der Führung der sorbischen Nationalbewegung entgegenzukommen und sich dadurch in ihrer Deutschlandpolitik ein zusätzliches Problem aufzuhalten. Der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland galten die Führer der Sorben als extreme Nationalisten, ihr Verhalten nachgerade als „faschistisch“, was der Sache der Sorben nur schaden könne.⁴⁶

Aus dem gleichen Grund blieben alle im Zeitraum von 1945 bis 1947 von tschechischer oder polnischer Seite lancierten Vorschläge in der Sorbenfrage folgenlos, wie etwa derjenige des Staatssekretärs im Prager Außenministerium, Vladimír Clementis, die Sorben aus der Niederlausitz zur Bildung eines national geschlossenen sorbischen Wohngebiets in die Oberlausitz umzusiedeln, oder die im polnischen Außenministerium entwickelte Option der Aussiedlung der ganzen Volksgruppe in die ČSR oder in die neuen

⁴³ Wolski an Piaskowski, 14.11.1946, AAN, MZO 501, fol. 54; Piaskowski, Rundschreiben vom 29.11.1946, ebenda, fol. 59; APW, UWW VI/406, fol. 124.

⁴⁴ Piaskowski an MZO, 23.12.1946, AAN, MZO 501, fol. 62 f.

⁴⁵ Hierzu auch MANFRED JAHN: Sudetoněmečtí vyhnanci v Lužici. Nečekaný rušivý faktor lužickosrbské autonomní politiky a snah o spojení Lužice s Československem v letech 1945/47 = Sudetendeutsche Vertriebene in der Lausitz. Unerwarteter Störfaktor der sorbischen Autonomiepolitik und der Bestrebungen einer Vereinigung der Lausitz mit der Tschechoslowakei 1945/1947, in: Češi a Němci – ztracené dějiny? Tschechen und Deutsche – verlorene Geschichte?, hrsg. von EVA MALÍŘOVÁ, Praha 1995, S. 254-268.

⁴⁶ So Vladimir Semenov, politischer Berater der Sowjetischen Militärverwaltung Deutschland, im Gespräch mit Jakub Prawin, dem Chef der Polnischen Militärmission in Berlin, am 3.4.1946; BORODZIEJ (wie Anm. 30), S. 316; MARCZAK (wie Anm. 4), S. 181. Den von Außenminister Vjačeslav Molotov abgezeichneten und damit quasi offiziellen Standpunkt der sowjetischen Führung in der Sorbenfrage formulierte Semenov zusammen mit A. Smirnov, Leiter der deutschlandpolitischen Abteilung des Außenkommissariats der UdSSR, in einem Memorandum am 4.1.1946, abgedruckt in: Minderheitenpolitik in der SBZ/DDR (wie Anm. 31), Nr. 7.

Gebiete Polens.⁴⁷ Solche Aus- und Umsiedlungskonzeptionen waren zwar vollkommen irreal, zeigen aber einmal mehr, in welcher Weise sich die damalige Politik über historisch gewachsene, kulturelle und soziale Strukturen hinwegsetzte und ganze Bevölkerungen als bloße Dispositionsmasse ihren Zielvorstellungen unterordnete. Einem Teil der sorbischen Aktivisten schwebte durchaus ein unabhängiger sorbischer Staat vor, dessen Bestand von der UdSSR, Jugoslawien, Polen und der Tschechoslowakei als Signatarmächten garantiert werden sollte, wie es ein Memorandum der Domowina vom März 1947 forderte. Die entschiedene Ablehnung dieses Ansinnens durch die Sowjets gab den Ausschlag dafür, dass die übrigen prospektiven Signatarmächte sich jedes weiteren Engagements in der Sorbenfrage enthielten.⁴⁸

Als schließlich im November 1947 eine Konferenz im Zentralsekretariat der SED mit den dieser Partei angehörenden Repräsentanten der Domowina der sorbischen Minderheit eine wenn auch vage Zusicherung der Berücksichtigung ihrer nationalkulturellen Interessen gab, erklärte das Außenministerium in Warschau mit offenkundiger Erleichterung die Sorbenfrage als für die polnische Seite erledigt. Eine interne Stellungnahme bezeugt nicht zuletzt die inzwischen vollzogene bedingungslose Gleichschaltung der polnischen mit der sowjetischen Deutschlandpolitik, die kurz nach dem Krieg noch keineswegs selbstverständlich gewesen war:

„In der gegenwärtigen Situation, in der die Einheit Deutschlands in Fragen der Deutschlandpolitik in den Vordergrund rückt und für die Konsolidierung der demokratischen Elemente in Deutschland an Bedeutung gewinnt, können alle zentrifugalen Tendenzen, so sehr sie auch in historischer Hinsicht begründet sein mögen, der Sache der Demokratisierung Deutschlands nur Schaden zufügen. Deswegen begründen auch die Interessen des demokratischen Lagers in Deutschland, dessen Einheitlichkeit im Interesse Polens liegt, in ausreichender Weise die Richtigkeit des vorgestellten Standpunkts [gemeint ist der Beschluss im SED-Zentralsekretariat vom 21.11.1947, A.R.H.], der als Grundlage der polnischen Politik im Hinblick auf das Lausitzer Problem dienen kann.“⁴⁹

Ganz anders verhielt sich die Sachlage in Bezug auf die tschechische Minderheit, an der immerhin ein unabhängiger Staat unmittelbar interessiert war, der zudem in Grenzstreitigkeiten mit Polen verwickelt war. So wie sich die Polen in Prag über die Missachtung der Rechte der polnischen Minderheit im Teschener Gebiet beschwerten, legte die tschechische Gesandtschaft in Warschau mit großer Regelmäßigkeit Protest gegen die Misshandlung von Angehörigen der tschechischen Nation in den schlesischen Siedlungsgebieten

⁴⁷ MARCZAK (wie Anm. 4), S. 182; SCHURMANN (wie Anm. 31), S. 146-163.

⁴⁸ MARCZAK (wie Anm. 4), S. 182, 189.

⁴⁹ Maria Wierna, Leiterin der mitteleuropäischen Abteilung im polnischen Außenministerium, an polnische Botschaft in Prag, 3.2.1948, zit. nach BORODZIEJ (wie Anm. 30), S. 320.

ein.⁵⁰ Prag fühlte sich dabei nicht nur für die Staatsangehörigen der ČSR zuständig, die während des Kriegs nach Schlesien verschleppt worden waren, sondern auch für die Tschechen oder Tschechischstämmigen mit deutscher Staatsangehörigkeit. Hierbei kamen in erster Linie die Bewohner einiger tschechischer Sprachinseln im schlesischen Grenz- und Binnenland in Betracht, die sich bis zum Ausgang des Zweiten Weltkriegs erhalten hatten. Dazu zählten vor allem das in der deutschen Linguistik als „Böhmisches Eck“ bekannte Gebiet um Bad Kudowa (Kudowa Zdrój) im Glatzer Kessel. Während Kudowa selbst weitgehend eingedeutscht war, gab es in der Umgebung einige tschechischsprachige Ortschaften. Die tschechischsprachige Bevölkerung von zu Beginn des Jahrhunderts 5550 Personen war durch Abwanderung in die deutschen Industriegebiete stark geschrumpft, das Gebiet erlebte aber nach dem Zweiten Weltkrieg eine „tschechische Wiedergeburt“.⁵¹

Des Weiteren gab es in den niederschlesischen Kreisen Groß Wartenberg (Syców) und Strehlen (Strzelin) tschechische Ortschaften, die in der deutschen Literatur irrtümlich als „mährische Inseln“ bezeichnet wurden, deren Einwohner tatsächlich aber von ostböhmischen Religionsflüchtlingen (den „Böhmischen Brüdern“) abstammten, die dort Mitte des 17. Jahrhunderts ansässig geworden waren. Schließlich gab es an der tschechisch-polnischen Sprachgrenze in den oberschlesischen Kreisen Leobschütz und Ratibor einige Sprecher des so genannten „lachischen“ Idioms, das, um die Verwirrung komplett zu machen, im 19. Jahrhundert in Polen als „mährische Mundart“ (*gwara morawska*) bezeichnet worden und dessen tschechische oder polnische Provenienz lange Zeit umstritten war (in neuerer Zeit hat sich die Mehrheit der Linguisten für seine tschechische Herkunft entschieden). Besonders diese so genannten „Mährer“ (poln. *morawcy* oder *morawianie*, tsch. *moravci*) lösten unter den polnischen Verwaltungsbeamten ob ihrer sprachlichen Nichtzuordnbarkeit einige Ratlosigkeit aus. Mitte 1946 zählten die Polen in Niederschlesien 1410 Tschechen, in Oberschlesien 250, mit Familienangehörigen eine Gesamtzahl von 4000 Personen, daneben 300 *morawianie* in den Kreisen Leobschütz und Ratibor.⁵²

⁵⁰ Edward Quirini, Leiter des Departements für Öffentliche Verwaltung im MZO, Aktennotiz für Gomułka, 10.8.1946, AAN, MZO 72, fol. 67 f.; nach Auskunft Quirinis waren seit der Gründung des MZO (13.11.1945) bis zu diesem Zeitpunkt 60 Noten der Botschaft der ČSR an das Außenministerium in dieser Frage eingegangen.

⁵¹ JOSEF Š. KUBÍN: *České Kladsko. Nástin lidopisný* [Das tschechische Glatz. Ethnographische Skizze], Praha 1926; JANUSZ SIATKOWSKI: *Dialekt czeski okolic Kudowy* [Der tschechische Dialekt in der Umgebung von Kudowa], Wrocław 1962; hierzu und zum Folgenden auch LADISLAV PALLAS: *Jazyková otázka a podmínky vytváření národního vědomí ve Slezsku* [Die Sprachenfrage und die Bedingungen der Entstehung eines Nationalbewusstseins in Schlesien], Ostrava 1970; im Überblick auch TOMASZ KAMUSELLA: *Schlonszko. Esej o regionie i jego mieszkańcach* [Schlonszko. Ein Essay über die Region und ihre Bewohner], Elbląg 2001 (Biblioteka Spraw Politycznych, 3).

⁵² Siehe die genannte Aktennotiz von Quirini für Gomułka, 10.8.1946, AAN, MZO 72, fol. 67 f.

Die Proteste der tschechischen Diplomatie entzündeten sich an der Tatsache, dass die polnische Verwaltung die tschechischen ebenso wie die übrigen Reichsangehörigen enteigneten und aussiedelten. Darin spiegelt sich dieselbe Widersprüchlichkeit, welche die polnische Autochthonenpolitik insgesamt kennzeichnete, dass nämlich die von siedlungspolitischen und Besitzinteressen vor Ort bestimmten Realitäten der propagandistisch einzusetzenden Autochthonenkonzeption zuwiderliefen. Das Warschauer Außenministerium befürchtete diplomatische Verwicklungen und eine zusätzliche Belastung der polnischen Beziehungen zu Prag, übermittelte die Proteste getreu an das MZO und veranlasste, den Vorgängen nachzugehen. Die Regionalverwaltung reagierte abwiegelnd, behauptete, Übergriffe und Aussiedlungen von Tschechen seien nicht vorgekommen, vielmehr habe umgekehrt Prag deutsche Staatsangehörige auf polnisches Gebiet ausgesiedelt⁵³ (was im Zuge der Vertreibung aus dem Sudetenland in der Tat vorkam). Die tschechischen nicht anders als die deutschen Reichsangehörigen zu behandeln, entsprang nicht zuletzt einem tiefsitzenden antitschechischen Ressentiment der Polen: Es sei überhaupt zweifelhaft, ob die Tschechen der Kategorie der unter dem Nationalsozialismus verfolgten Nationalitäten zugerechnet werden könnten, notierte ein Beamter des MZO und versuchte die – nach außen uneingestanden – Übergriffe gegen die tschechische Minderheit moralisch durch die Behauptung zu rechtfertigen, sie hätte mehrheitlich mit den Nazis kollaboriert.⁵⁴

Über einen Zeitraum von anderthalb Jahren scheint man im MZO und seinen regionalen Exekutivorganen darauf gesetzt zu haben, dass sich das Problem durch die Aussiedlung oder aber die Einbeziehung in die polnische nationale Verifizierung von selbst erledigen würde. Insbesondere bei den Lachen wurde die Bereitschaft vermerkt, sich als Polen verifizieren zu lassen. Die Frage der tschechischen Minderheit blieb aber als außenpolitisches Problem brisant, solange der Grenzkonflikt zwischen Polen und der ČSR nicht beigelegt war und die Polen gezielte Versuche Prags auszumachen meinten, die Bevölkerungsgruppe zur Stützung der eigenen Gebietsforderungen einzusetzen.

Im Februar 1946 meldete die Starostei Leobschütz die Infiltration des Grenzgebiets durch tschechische Agitatoren, die unter bereits verifizierten oder noch zu verifizierenden Autochthonen Unruhe stifteten, für die tschechische Sache warben und von der Teilnahme an der Verifizierung abrieten.⁵⁵ Aus Niederschlesien berichtete Piaskowski gar über die „Fabrikation“ von

⁵³ Außenministerium an MZO, 9.1.1946, AAN, MZO 503, fol. 6; Schlesisches Wojewodschaftsamt an MZO, 25.2.1946, Abschrift, ebenda, fol. 9; Außenministerium an MZO, 15.1.1946, AAN, MZO 72, fol. 42; Kwiryn Stankiewicz, Inspektor vom Hauptamt für Kontrolle und Inspektionen des MZO, Bericht über Dienstreise in das Oppelner Gebiet vom 31.1.-13.2.1946, ebenda, fol. 53-55.

⁵⁴ Modzelewski, Rat im MZO-Siedlungsdepartement, Aktennotiz vom 1.4.1946 zu dem vorstehend genannten Bericht Stankiewicz', AAN, MZO 72, fol. 45 f.

⁵⁵ Schlesisches Wojewodschaftsamt an MZO, 21.3.1946, AAN, MZO 503, fol. 69.

Tschechen aus deutschen Reichsangehörigen; die für die tschechische Seite tätigen Agitatoren warben angeblich mit der Behauptung für den Erwerb der tschechoslowakischen Staatsangehörigkeit, dass das Grenzgebiet nach einem Referendum an die ČSR fallen würde; in dem grenznahen Ort Nachod (Náchod) (auf der tschechischen Seite gegenüber Bad Kudowa) stellte der dortige Bezirksnationalausschuss (*okresní národní výbor*) für Reichsangehörige Bescheinigungen über die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit aus, die über die Grenze geschmuggelt wurden; einige davon, darunter solche in blanko, wurden von den polnischen Behörden beschlagnahmt; schließlich beteiligte sich selbst die Gesandtschaft der ČSR in Warschau daran, Deutschen Bescheinigungen auszustellen, die bis zum 31. Dezember 1946 gültig waren.⁵⁶ Tatsächlich empfahl das tschechische „Glatzer Komitee“ im Juni 1946, als Gegenmaßnahme zu der polnischen Verifizierungspolitik allen im Glatzer Gebiet ansässigen Tschechen die Staatsangehörigkeit der ČSR zu verleihen, erwiesene „staatliche Zuverlässigkeit“ vorausgesetzt.⁵⁷ Um die Jahreswende wurde die Gültigkeit der tschechischen Dokumente bis März oder Mai 1947 verlängert. Sie sollten, so die tschechische Propaganda, vor der Zuzugung polnischer Siedler schützen und dienten außerdem als Grundlage für Entschädigungsforderungen der damit ausgestatteten Personen an die polnische Seite. Auch die tschechische Repatriierungsmission in Kattowitz war an dieser Aktion beteiligt, mit der nach Meinung der Polen Prag seine Gebietsforderungen auf der zukünftigen Friedenskonferenz zu stützen beabsichtigte.⁵⁸ Im Kreis Strehlen, aus dem die ČSR Ende 1945 etwa 600 Tschechen hatte „repatriieren“ lassen, intervenierte Prag nach dem Beginn der Aussiedlung im Juni 1946 bei dem zuständigen Starosten und erreichte, dass die Tschechen von der Aussiedlung ausgenommen wurden; die tschechische Repatriierungsmission gab ihre Anzahl in dem Kreis zu diesem Zeitpunkt mit 1100 an.⁵⁹

Retrospektiv sind die Befürchtungen der polnischen Seite hinsichtlich der Absichten der Regierung der ČSR wahrscheinlich als übertrieben einzuschätzen, aber in Anbetracht der von Prag offengehaltenen Grenzfrage schienen sie zumindest nicht unbegründet. Aus der Sicht Warschaws drängte die Angelegenheit jedenfalls nach einer für beide Seiten verbindlichen Regelung. Gegen Ende 1946 schlug Wolski die Bildung einer gemischten polnisch-tschechischen Verifizierungskommission vor, um den Angehörigen der tschechischen Minderheit Dokumente ausstellen zu können, die ihnen den Auf-

⁵⁶ Piaskowski an MZO, 18.9.1946, AAN, MZO 503, fol. 215 f.

⁵⁷ HLUŠIČKOVÁ: Kladská otázka (wie Anm. 5), S. 33.

⁵⁸ Samuel Ehrenwert, Inspektor des MZO, Bericht über Inspektion im Kreis Glatz vom 5.-8.1.1947, 8.1.1947, AAN, MZO 1000, fol. 17-22; Oberst Henryk Toruńczyk, Direktor des MZO-Inspektionsdepartements, Aktennotiz für Gomułka, Januar 1947, ebenda, fol. 2 f.; Piaskowski an Außenministerium, 15.3.1947, APW, UWW VI/276, fol. 334.

⁵⁹ Ehrenwert, Bericht über Inspektion im Kreis Strehlen vom 13.-15.3.1947, AAN, MZO 1025, fol. 31 f.

enthalt in den „Wiedergewonnenen Gebieten“ auf ausländerrechtlicher Grundlage gestatten würden.⁶⁰ Dieser Vorschlag gelangte jedoch erst nach dem Abschluss des polnisch-tschechischen Freundschaftsvertrags vom März 1947 zur Beschlussreife, denn erst am 16. Mai 1947 wurde im Warschauer Außenministerium ein Protokoll über die Bildung einer Gemischten Polnisch-Tschechischen Verifizierungskommission unterzeichnet.⁶¹ Die aus je drei polnischen und tschechischen Mitgliedern bestehende Kommission nahm ihre Tätigkeit eine Woche später auf. Nach dem Bericht der polnischen Teilnehmer wurden die Kriterien strenger als bei der Verifizierung polnischer Autochthoner angewandt – so wurden etwa ehemalige NSDAP-Mitglieder grundsätzlich ausgeschlossen. Andererseits erwiesen sich die Polen als flexibel genug, um gelegentlich der tschechischen Seite diplomatisch entgegenzukommen; bei der Verifizierung in der Staatlichen Baumwollfabrik von Sackisch (Zakrze) im Kreis Glatz ließen sie die Anwendung „liberalerer Kriterien“ zu, „da es um Facharbeiter ging, die in fabrikeigenen Wohngebäuden untergebracht sind, weswegen sich die polnische Delegation eine Geste gegenüber der tschechischen Delegation erlauben konnte“.⁶²

Wie nicht anders zu erwarten, gerieten die tschechischen und die polnischen Vorstellungen über den Umfang der Verifizierung von Tschechen in Schlesien dennoch miteinander in Konflikt. Die polnische Seite lehnte beispielsweise ab, Personen zu verifizieren, die zuvor in die Tschechoslowakei geflüchtet waren oder sich in den deutschen Besatzungszonen befanden. Nach Auffassung des MZO-Beamten Samuel Ehrenwert, der die polnische Delegation leitete, verfolgten die Tschechen die Absicht, möglichst viele eigene Nationalangehörige zu verifizieren, um ihr Eigentum als Gegengewicht für dasjenige von aus der ČSR auszusiedelnden Polen einsetzen zu können; war diese Einschätzung zutreffend, so bestätigt sie, dass die Grenzfrage für die Tschechen zu diesem Zeitpunkt tatsächlich in den Hintergrund getreten war. Nach Meinung Ehrenwerts waren die bei der Aufsiedlung entstandenen Konflikte mit den polnischen Siedlern nur durch die anschließende Aussiedlung der Tschechen in die ČSR zu bereinigen, wozu die tschechischen Behörden im Falle des Kreises Glatz allerdings keinerlei Anstalten trafen.⁶³ In den Kreisen Ratibor und Leobschütz bemühten sich die Polen, die *morawcy* (also

⁶⁰ Wolski an Außenministerium, 19.11.1946, AAN, MZO 503, fol. 254 f.

⁶¹ Hierzu und zum Folgenden: polnische Delegation zur polnisch-tschechischen Verifizierungskommission, Józef Bialek, Stefan Gajewski, Samuel Ehrenwert, Bericht über den Verlauf der Verifizierungsaktion für die Zeit vom 22.-24.5.1947, 24.5.1947, AAN, MZO 68, fol. 128-133; Anhänge ebenda, fol. 134-137; Józef Dubiel, Unterstaatssekretär im MZO, an den Kattowitzer Wojewoden Aleksander Zawadzki, 30.6.1947, Archiwum Państwowe w Katowicach (Staatsarchiv Kattowitz, APK), Urząd Wojewódzkie Śląskie (Schlesisches Wojewodschaftsamt, UWŚl) SP/428, fol. 295.

⁶² Protokoll über Verifizierung in Sackisch, 27.5.1947, Anhang zum Bericht der polnischen Delegation, AAN, MZO 68, fol. 133.

⁶³ Ehrenwert, Bericht über den Stand der Verifizierung von Tschechen in Schlesien, 31.7.1947, AAN, MZO 1025, fol. 34-37.

die Lachen) zu polnischen Autochthonen zu erklären. Umgekehrt vergaben die tschechischen Behörden Bescheinigungen über die tschechische Nationalzugehörigkeit an bereits verifizierte polnische oder „mährische“ Erwerbspendler, die im oberschlesischen Grenzgebiet regelmäßig die Grenze überschritten; diese Aktivitäten erfolgten an der Gemischten Kommission vorbei.⁶⁴

Von der Gemischten Polnisch-Tschechischen Verifizierungskommission wurden bis Ende Juli 1947 in der niederschlesischen Wojewodschaft 2123 Personen als tschechische Volkszugehörige anerkannt.⁶⁵ Offenbar gelang es den Polen, ihren Standpunkt dahingehend durchzusetzen, dass die Lachen des oberschlesischen Grenzgebiets nicht in die Tätigkeit der Kommission einbezogen, sondern gesondert als polnische Autochthone verifiziert wurden. Diese Personengruppe wurde Anfang 1948 immer noch mit etwa 300 angegeben⁶⁶, scheint demnach in den vorhergegangenen anderthalb Jahren keine Aussiedlungsverluste erlitten zu haben.

Die als tschechische Autochthone anerkannten Personen waren zwar vor Aussiedlung und weiteren Enteignungsmaßnahmen geschützt, aber die polnisch-tschechischen Vereinbarungen ließen offen, ob ihnen die Staatsangehörigkeit der ČSR verliehen und sie als Ausländer im polnischen Schlesien geduldet oder ob sie polnische Staatsangehörige werden sollten. Insbesondere blieb die Regelung des Eigentums von tschechischen Autochthonen in der Schwebe, das von polnischen Siedlern in Anspruch genommen wurde. Aus den diesbezüglichen Bestimmungen, die das MZO um die Jahreswende 1947/48 erließ, lässt sich schließen, dass man zu diesem Zeitpunkt darauf setzte, die tschechische Minderheit in die ČSR aussiedeln zu können. Denn nur diejenigen tschechischen Autochthonen sollten in den Genuss der Bestimmungen des Landsiedlungsdekrets über das autochthone Eigentum gelangen, die bereits am 1. Mai 1945 die Staatsangehörigkeit der ČSR besaßen⁶⁷ – womit die überwiegende Mehrheit der erst von der Gemischten Kommission Verifizierten ausgeschlossen war.

⁶⁴ Außer dem vorgenannten Bericht Ehrenwerts auch Stanisław Marchewka, Starost von Ratibor, an Zawadzki, 1.7.1947, APK, UWŚI SP/428, fol. 297.

⁶⁵ Ehrenwert, Bericht über den Verlauf der Verifizierung von Tschechen in der Wojewodschaft Breslau, 31.7.1947, AAN, MZO 1025, fol. 34-37, hier fol. 34. Ein späteres Dokument des MZO nennt 2119 Personen, die insgesamt von der Gemischten Kommission als Tschechen anerkannt worden seien; MZO an das Oberkommando der Bürgermiliz, Entwurf, 16.1.1948, AAN, MZO 505, fol. 152-156; demzufolge wären von den in dem früheren Dokument als „zweifelhaft“ bezeichneten Fällen nachträglich keine mehr anerkannt worden.

⁶⁶ E. Duda, Chef der Gesellschaftspolitischen Abteilung des Schlesischen Wojewodschaftsamts, an MZO, 5.1.1948, AAN, MZO 497, fol. 229 f.

⁶⁷ MZO an den Starosten von Glatz, 25.11.1947, Abschrift, MZO 505, fol. 128 f.; APW, UWW VI/740, fol. 10-12; eine inhaltlich übereinstimmende Anordnung erging im April 1948 an den Starosten von Strehlen, AAN, MZO 703, fol. 6-8.

In der Tat blieb sowohl die Eigentums- als auch die Staatsangehörigkeitsfrage der Tschechen in Schlesien weiter offen. Prag kam den Polen insofern entgegen, als es im April 1948 ebenfalls von der Erwartung ausging, dass die tschechische Minderheit in Kürze in die ČSR remigrieren würde, verlangte aber eine vorhergehende, befriedigende Regelung ihres Eigentums.⁶⁸ Genauso wie im Falle der polnischen Autochthonen erwies sich der Eigentumskonflikt der Tschechen mit den polnischen Siedlern als nachhaltig und auf dem Verwaltungswege nicht lösbar.⁶⁹ Im Unterschied zu den polnischen Autochthonen hatten die Tschechen aber immer noch die Option, sich in die ČSR aussiedeln zu lassen und eventuell auf eine Regelung ihrer Interessen auf Regierungsebene zu hoffen. Zu diesem Zeitpunkt waren aber weder Prag noch Warschau bereit, ihre wechselseitigen Beziehungen weiter von der Autochthonenfrage belasten zu lassen. Nicht zuletzt deshalb scheint die Angelegenheit dem behördlichen Vergessen anheimgefallen zu sein. Die wenigen Tschechen, die sich bis 1951 noch im polnischen Schlesien befanden, erhielten damals die Möglichkeit, nach dem neuen Staatsbürgerschaftsgesetz die polnische Staatsangehörigkeit zu erwerben.

Trotz ihres anscheinend episodischen Charakters ist die polnisch-tschechische Auseinandersetzung um die Behandlung der nationalen Splittergruppen im schlesischen Grenzgürtel ein Musterbeispiel für den instrumentellen Charakter der Nationalitätenpolitik der Nachkriegszeit. Im Vordergrund standen der Streit um den Grenzverlauf und die wechselseitigen Gebietsansprüche. Dabei dominierten strategische, verkehrstechnische und wirtschaftliche Interessen ebenso wie der drohende innenpolitische Gesichtverlust, den beide Regierungen befürchteten, wenn sie Einbußen ihrer erklärten territorialpolitischen Zielvorstellungen in Kauf nahmen. Letztlich gab das Interesse der sowjetischen Führung an der politischen Geschlossenheit ihres Machtbereichs den Ausschlag, um sowohl die polnischen Ansprüche auf den tschechischen Teil des Olsagebiets als auch die tschechischen Forderungen nach Anschluss der südschlesischen Kreise abzuwehren und die Grenzziehung vom Mai 1945 beizubehalten. Die jeweiligen konnationalen Minoritäten und die kleinen ethnokulturellen Gruppen des Grenzsauums traten dabei aus der Perspektive der Hauptstädte als außenpolitische Rangiermasse in Erscheinung, die in den diplomatiegeschichtlichen Darstellungen des Konflikts zumeist übersehen wird. Es sollte jedoch nicht der Blick dafür verlorengehen, dass eine nationalistisch fundierte Machtpolitik unabhängig von der Größe der von ihr betroffenen Bevölkerungen individuelle Freiheitsrechte ebenso verletzt wie die ethnokulturelle Selbstbestimmung.

⁶⁸ Außenministerium an MZO, 14.4.1948, AAN, MZO 703, fol. 1 f.

⁶⁹ Z. Kulczycki, Starost von Glatz, Memorandum für Piaskowski, 10.5.1948, Abschrift, AAN, MZO 1030, fol. 187-193, hier fol. 192; Kulczycki berichtet hier, dass der Immobilienbesitz der Tschechen zur Gänze restituiert sei, nicht aber das Mobiliar. Piaskowski an MZO, 15.6.1948, AAN, MZO 703, fol. 12 f., wies auf die Unmöglichkeit hin, die Eigentumsfrage aufgrund der ergangenen ministeriellen Bestimmungen zu lösen.

Summary

Nationalities in the Silesian Border Region. Minorities between Poland and Czechoslovakia, 1945-1948

Immediately after World War II Czechoslovakia laid claim to southern territories in Lower Silesia which had previously belonged to the German Reich (the districts of Kłodzko, Głubczyce, and Racibórz). Much to the bewilderment of the newly established Polish administration, the Czechoslovaks dispatched armed units and Soviet local commanders had to intervene to prevent an escalation of the conflict. Though after the Potsdam Conference the Czechoslovak claims ceased to be a viable option in international politics, the Czechoslovak government continued to put pressure upon the Poles, who in turn sought to acquire the Czech part of the Těšín Territory. Both governments were committed to acquiring territories inhabited by their respective co-national minorities who figured in a diplomatic game that went on until the Soviets pressed the two sides to conclude a treaty in March 1947. Only after that date was a Polish-Czech commission organised to verify the nationality of Czechs who lived on the Polish side of the Silesian border in order to prevent them from being expelled on grounds of their German citizenship. Policies towards Lusatian Sorbs in the Soviet Zone of Occupation, and toward the ethnic minorities of Sorbs and Moravians who lived along the Polish-Czech border, were also exploited in the Czech-Polish conflict. Yet with the unfolding of the Cold War, Czech-Polish discord became a liability to Soviet foreign policy interests, and their disputes receded in the face of new political priorities as both countries were ever more tightly incorporated into the Soviet sphere of influence.